

Stellungnahme

Eingebracht von: Eder, Gabriele

Eingebracht am: 18.09.2020

Als verantwortungsbewusster, demokratieverpflichteter und freiheitsliebender österreichischer Staatsbürger und Steuerzahler erhebe ich hiermit vehement Einspruch gegen die o. a. Änderung des Gesetzes. Ich fordere die Regierung und den Nationalrat auf, sich der demokratischen Werte und unserer in der Verfassung verankerten Grund- und Freiheitsrechte zu besinnen - und umgehend auf den Boden der Rechtsstaatlichkeit zurückzukehren!

Das geplante neue Gesetz erlaubt der Regierung weitreichende Eingriffe in unsere verbrieften Grund- und Freiheitsrechte, die untolerierbar sind! Nicht evidenzbasierte Fakten würden die Grundlage für unverhältnismäßige Vorschriften und Maßnahmen bilden, sondern rein willkürlich, intransparent und überfallsartig festgelegte Annahmen und Behauptungen.

Geschichtsbewusste, wache Bürger sehen mit Schrecken jene Zeit heraufdämmern, in der ein Ermächtigungsgesetz der staatlichen Willkür Tür und Tor geöffnet hat. Viele ältere Mitbürger erinnern sich mit Horror daran, wie "damals alles begonnen hat" - mit dem Aufhetzen der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen gegeneinander ("Todbringer", "Coronaleugner" usw.), mit Aufrufen zum Denunzieren der "Nicht-Gehorchenden", mit willkürlichen Maßnahmen und Strafen im "Namen eines höheren Zieles". Man sieht die Parallelen deutlich! DAS macht Angst!

Weder ist eine belegbare Übersterblichkeit gegeben noch hat dieses angebliche "Killervirus" zu einer Überlastung unseres Gesundheitssystems geführt. Dafür ist die Wirtschaft am Kollabieren, sind irreparable Traumatisierungen in der Gesellschaft - insbesondere bei Kindern! - und eine immer stärker zutage tretende Verarmung breiter Gesellschaftsschichten die Folge des verantwortungslosen Handelns und der skandalösen Panikmache ("Jeder wird einen Toten kennen", "Hunderttausende Tote") der Regierung!

Ich will nicht zu jenen gehören, denen in einigen Jahren vorgeworfen werden kann: "Ihr habt doch gesehen, was da passiert! Wieso hat niemand etwas dagegen unternommen?". Daher erhebe ich mit allerschärfstem Nachdruck EINSPRUCH gegen dieses fürchterliche Vorhaben der "Gesetzesänderung" im Namen eines behaupteten, aber nicht faktenbasiert begründeten, nicht nachvollziehbaren "höheren Zieles"!

Freiheit und Demokratie und das WOHL des Volkes sind die höchsten Ziele!

Schande über jeden, der sich für diese unzumutbare Gesetzesänderung ausspricht!